Konservativen den Rücken zu steifen. Sie behauptet, daß sie sich gar nicht in einer so verzweifelten Lage befänden, wie es von nationalliberaler Seite hingestellt würde, ihre feste Haltung gegenüber dem anmaßenden Nationalliberalismus sei nicht ein Anzeichen dafür, daß sie verzweifeln, sondern dafür, daß sie sich noch ziemlich sicher fühlten. Dann werden die Pläne, die nach der Germania angeblich von den Nationalliberalen verfolgt werden, in den schwärzesten Farben ausgemalt. Die Germania schreibt:

> Hier allein haben wir die richtige Desperadopolitik. Denn worauf kann es nur abgesehen sein? Daß eine sozialistisch-liberale Mehrheit zu positiver Arbeit fähig sein werde, glaubt kein Mensch, auch die Nationalliberalen nicht. Wenn sie also auf eine solche Mehrheit um jeden Preis hinarbeiten, so kann der letzte Gedanke dabei nur sein: Das Anschwellen der Sozialdemokratie soll der Regierung die Ueberzeugung beibringen, daß sie umkehren und sich den Liberalen zuwenden muß. Der unbrauchbare Reichstag soll also baldigst wieder aufgelöst werden, und dann soll die Regierung bei den Neuwahlen den Liberalen heißen, die Konservativen an die Wand zu drücken . . .

Was die Germania nicht alles den armen Nationalliberalen unterschiebt. Als ob die überhaupt das Zeug dazu hätten, solch kühne Pläne aufzustellen. So weit reicht's bei ihnen wahrlich nicht. Sie haben nur Angst vor den nächsten Wahlen, und deswegen nun sie so, als ob sie den Junkern zu Leibe gehen wollten. Das können die Konservativen, die treue Gefolgschaft verlangen, nicht vertragen, und daher der ganze Krach. Aber der Nationalliberalismus ist sicher nicht der Ritter Georg, der den Drachen Junker töten wird, oder der auch nur die Absicht hat, ihn umzubringen. Das deutsche Volk wird darauf, daß dem der Garaus gemacht wird, so lange warten müssen, bis die Sozialdemokratie stark genug ist, es endgültig von dem Junkerjoch zu befreien. Und wenn nicht alle Anzeichen trügen, so werden uns die nächsten Reichstagswahlen diesem Ziele ein gehöriges Stück näher bringen.

Die Rechtspflege vor dem Richterstuhl des Reichstags.

Die Beratung des Justizetats, die am Dienstag im Reichstage begann, gab Gelegenheit, die Rechtspflege vor das Tribunal der Volksvertretung zu laden. Die Dame „deutsche Justitia" fuhr nicht besonders gut bei dieser ihrer Besichtigung. Selbst der Zentrumsmann Dr. Belzer mußte nach einigen Wenn und Aber sich entschließen, dem Worte von der Klassenjustiz mindestens eine gewisse Berechtigung zuzubilligen, und der Hirschberger Rechtsanwalt Dr. Ablaß rang seiner fortschrittlichen Mannesbrust die Erklärung ab, daß der Prozeß Becker den Freisinnigen einige Zweifel an der unbefleckten Jungfräulichkeit der Dame „Gerechtigkeit" eingeflößt hat. Da man Herrn Lisco kaum mitrechnen kann, der an neutraler Unpersönlichkeit beinahe noch seinen Vorgänger Rieberding übertrifft, so erstand an diesem Tage der Dame Justiz nur ein einziger Ritter, nämlich der hannoversche Reichsparteiler Dr. Varenhorst, der im Stile eines Buxtehuder oder Stallupöner Kreisblattes die Schale seines amtsrichterlichen Zorns über die Sozialdemokratie im allgemeinen und über den Genossen Frank im besonderen ausgoß. Daß die Rede unseres Fraktionssprechers den Reaktionären aller Schattierungen arg im Magen liegt, glauben wir. Die Züchtigung, die die theoretische und praktische, die vollstreckte und die geplante Klassenjustiz von Franks Händen empfing, war eine ebenso derbe wie wohlverdiente. Nichts wurde vergessen, nichts wurde geschenkt: die Drakonisierung und Kautschukisierung des Zukunfts-Strafgesetzbuchs, Moabit, Essen, Breslau, Greifswald, die Unger-Vorladung und die Bethmann-Jagdwiaden. Nachdem noch Herr Jonathan Roth aus Schwaben durch ein paar antisemitische Witzchen und Mätzchen seine Zugehörigkeit zu den Liebermännern bewiesen hatte, wurde die weitere Beratung auf Mittwoch vertagt.

Vierter Klasse.

Während der Verkehr in den ersten zwei Wagenklassen der preußischen Staatsbahnen stetig zurückgeht, ist die Benutzung der vierten Klasse ganz gewaltig gestiegen. An 400 Millionen Menschen — diese ungeheure Zahl gibt die Frequenz der vierten Klasse an. Aus diesem Massenverkehr zieht der Staat riesigen Gewinn; nicht aus den Reisen der Noblen in der ersten, auch nicht aus denen der höheren Beamten, der Offiziere und wohlhabenden Bürger in der zweiten Klasse, selbst nicht aus der Benutzung der dritten Klasse durch die Reisenden, sondern aus den Reisen der Proleten, der Auswanderer, der Reservisten und der Saisonarbeiter fließt der Staatsbahn reicher Ertrag zu. Trotzdem wird für diese große Masse des Eisenbahnpublikums nur in sehr geringem Maße gesorgt: nicht nur, daß die Wagen vierter Klasse an Bequemlichkeit, ja an Hygiene sehr viel zu wünschen übrig lassen, ist die Fahrzeit der Personenzüge, die allein die vierte Klasse führen, eine so kolossale, daß weitere Reisen für den Arbeiter geradezu den Verlust mehrerer Tagelöhne bedeuten. Dies führte Genosse Leinert in seiner Rede zum Eisenbahnetat am Dienstag im Abgeordnetenhause aus, und er forderte mit Recht nicht nur Verbesserung der Wagen, sondern Einführung der vierten Klasse bei den rascher fahrenden Zügen. Die Ausführungen unseres Fraktionsredners waren auch sonst reich an wertvollen Anregungen — aber bekanntlich hassen die Junker jede Verkehrsreform, die die Freizügigkeit des Arbeiters erhöhen könnte. Und was die preußischen Junker nicht wünschen, das darf natürlich die preußische Regierung nicht tun.

Ganz interessant war in der Sitzung, wie sich der Pole Korfanty die ganz ungerechtfertigten Unterbrechungen durch Herrn v. Kröcher mit Erfolg verbat. Nicht als Sieger verließ der Präsident den Kampfplatz, als ihn gerade nach diesem Moment ein Vizepräsident ablöste. Wir wollen aber hoffen, daß diese kleine Unstimmigkeit den Schnapsblockbeziehungen der Polen zu den Junkern nicht weiter geschadet haben wird!

Das Haus begann dann noch die Beratung der Beamten- und Arbeiterfragen, und der Zentrumsmann Beyer-Dortmund bemühte sich, durch stark betonte Staatstreue den Eisenbahnern zu helfen.

Barbarei.

Am Tage nach Kaisers Geburtstag wurde in Insterburg das Dienstmädchen Auguste Milkowcit hingerichtet. Die zum Tode Verurteilte war der deutschen Sprache nicht mächtig. Sie hatte die denkbar schlechteste Erziehung genossen und die Schule nur einen Sommer lang besucht. Nach der Hinrichtung wurde gemeldet, das Mädchen habe zur Richtbank geschleppt werden müssen. Jetzt meldet sich ein Augenzeuge der Hinrichtungsszene. Er berichtet:

> „Zwei der allmählig näher an die Milkowcit herangegangenen Schützen faßten diese unter die Arme und gingen mit ihr, während der dritte nachfolgte, auf die rotgestrichene Richtbank zu. Der Scharfrichter, welcher im Frack, Zylinder und weißen Handschuhen zwischen Richtertisch und Richtbank in sichtlicher Erregung und Unruhe wartete, hatte Zylinder und Handschuhe abgelegt und ging, als die Milkowcit an ihm vorbeigeführt wurde, auf einen in der Nähe befindlichen Tisch zu, um das Richtbeil zu ergreifen und den Todesstreich auszuführen. Jetzt geschah aber das unerwartet Schauderhafte. In dem Moment, als sie an der Richtbank anlangten und der hinter der M. folgende Gehilfe ihr die Bluse von den Schultern riß und die M. dann auf den Klotz der Bank gelegt werden sollte, warf sie sich zur Erde und umklammerte unter Gekreisch und Geschrei wie eine Katze den Richtklotz unter Aufwendung all ihrer Kräfte. Während nun der Scharfrichter mit dem Beil in der Hand dastand und unter persönlicher Erteilung von Direktiven seines Amtes nicht walten konnte, versuchte einer der Gehilfen, den Kopf der Milkowcit unter großer Anstrengung über die Schnittfläche des Richtklotzes zu drehen, damit eventuell auch in dieser Stellung der Todesstreich geführt werden konnte, was jedoch nicht gelang. Endlich nach vielem Hin- und Herzerren ließen der M. die Kräfte nach und nun wurde sie, auch noch unter Anstrengungen, wobei wie oben erwähnt, ein Gehilfe den Kopf über den Klotz drückte, die beiden andern ihr die Hände auf den Rücken, bezw. die Füße hielten, auf die Richtbank gelegt. In diesem Augenblick ließ der Scharfrichter das mit beiden Händen gehobene Beil heruntersausen, der Kopf war vom Rumpfe getrennt und fiel ungefähr einen Meter rechts vom Klotz in den Sand. Der Hieb war so wuchtig geführt, daß das Beil im Klotze stecken blieb . . ."

In der Deutschen Juristenzeitung erklärte unter anderem Dr. v. Seckendorff, Präsident des Reichsgerichts: „Ich erkläre gern, daß ich zurzeit — insbesondere auch im Deutschen Reiche — für die Beibehaltung der Todesstrafe eintrete."

Der Riß im Zentrumeturm.

In den Reihen der Zentrumsfraktion spielen sich heftige Kämpfe ab, eine Tatsache, an der kein Zweifel möglich ist. Die Schlesische Volkszeitung plauderte dieser Tage aus der Schule und bestätigte die längst gehegten Vermutungen. Das zitierte Blatt schrieb nämlich:

> „Graf Oppersdorff, Mitglied des Reichstages, hat vor längerer Zeit scharfe Angriffe gegen seinen Fraktionskollegen, den Grafen Praschma, gerichtet und durch eine parlamentarische Korrespondenz verbreitet. Der Vorstand der Fraktion des Reichstages hat, wie die Neißer Zeitung zu melden weiß, dem Grafen Oppersdorff wegen seines Vorgehens die schärfste Mißbilligung schriftlich und mündlich ausgesprochen, weil seine Polemik die schuldige Rücksicht gegen einen Kollegen verletzte. Auch mit seinen neueren Angriffen gegen Professor Dr. Martin Spahn, Reichstagsabgeordneter für Höxter-Warburg, insbesondere mit der Art der Verbreitung der bekannten Broschüre, hat sich der Vorstand der Fraktion beschäftigt und diese, unbeschadet der Stellung zu dem Abg. Professor Spahn, selber in derselben Weise scharf gerügt."

Die größere Zentrumspresse hat die drohende Gefahr längst erkannt, weshalb sie eifrig nachzuweisen versucht, daß der katholische Glaube ernstlich bedroht sei, um dem Zentrum durch das Hervorrufen einer Kulturkampfstimmung über die jetzige unangenehme Situation hinwegzuhelfen.

Ein abgefaßter Polizeispitzel.

Vor einigen Tagen bemerkte die Gattin des Schriftführers des polnischen Straßvereins in Posen, daß sich jemand an dem außerhalb der Wohnungstüre angebrachten Briefkasten zu schaffen machte. Durch das in der Tür angebrachte Guckloch bemerkte sie einen Mann, der den Briefkasten aufschloß und ausräumte, die darin befindlichen Zeitungen zurücklegte und sehr aufmerksam die Briefadressen, besonders die Poststempel studierte, wobei er sich Notizen machte, worauf er alles wieder in den Briefkasten zurücklegte. Dieselbe Beobachtung machte dann später der Schriftführer des Vereins, Dr. Schröder, der davon verständigt wurde, persönlich. Es wurden nun zwei Männer beauftragt, den Briefkasten im Auge zu behalten und heute früh um 8 Uhr gelang es, den Neugierigen festzunehmen. Er kam noch vor der ersten Briefbestellung, öffnete den Briefkasten und wollte ihn, da er noch leer war, schließen. In diesem Augenblicke wurde er festgenommen, in die Wohnung gebracht und durchsucht. Auf telephonischen Anruf kam ein Polizeibeamter, der aus dem Portemonnaie des Ertappten unter anderem auch die Legitimationsmarke der politischen Polizei zutage förderte. Bis zur Mittagszeit hatte die Polizei angeblich noch nicht den Namen des Agenten feststellen können.

Von der Zeugniszwangsfolter.

Aus Straßburg im Elsaß kommt die Kunde von einem neuen Zeugniszwangsverfahren. Gegen einen dortigen Rechtsanwalt schwebt ein ehrengerichtliches Verfahren, weil er angeblich zu Unrecht Akten eines Prozesses in seinem Besitze gehabt habe. Die Straßburger Rundschau, um deren Redakteur Götz es sich in dem Zwangsverfahren handelt, schreibt nun:

> „Eines Morgens lagen diese Akten auf dem Schreibtisch des Herrn Götz. Zunächst allseitig die Frage: „Wie konnten diese Akten den Weg zur Redaktion gefunden haben?" Die Redaktion wartete ab. Nach etwa 14 Tagen wurden die Schriftstücke von einem Manne, der sich unter Berufung auf das unverbrüchliche Redaktionsgeheimnis als Absender auswies, wieder abgeholt. Nun will die Behörde wissen, wer dieser Mann war. Herr Götz tat, was jeder anständige Redakteur in diesem Falle tun mußte: Er verweigerte die Namensnennung, weil er es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren konnte, schweres Unglück über eine Familie heraufzubeschwören, deren Mitglied sich bei der Weitergabe der Akten der Tragweite des Schrittes gar nicht bewußt war! Herr Götz hatte hierzu aber auch noch ein besonders gewährleistetes, gesetzliches Recht. Ihm stand nach Feststellung von berufener Seite das Verweigerungsrecht des § 54 der Strafprozeßordnung zur Seite. Trotzdem wurde das Zeugniszwangsverfahren gegen Chefredakteur Götz verfügt, er zunächst zu einer Geldstrafe von 40 M. und zu den entstandenen Kosten verurteilt und gleichzeitig gegen ihn „zur Erzwingung des Zeugnisses die Haft angeordnet." Am 27. Februar 1911 hat Chefredakteur Götz zwecks Antritts der Zwangshaft sich im Straßburger Bezirksgefängnis einzufinden. Dieselbe kann bekanntlich bis zu sechs Monaten dauern."

Der Fall kommt für die zweite Lesung des Reichsjustizetats gerade recht. Der Reichstag wird den Staatssekretär zu befragen haben, wie lange man noch an der mittelalterlichen Tortur des Zeugniszwangsverfahrens festzuhalten gewillt ist!

Die Versicherung der Privatbeamten.

Es hat den Anschein, als ob die Schaffung dieser dringend notwendigen Versicherung noch geraume Zeit auf sich warten lassen werde. Der Entwurf, über den sich die Interessenten jetzt streiten, ist keineswegs etwa eine Vorlage an Bundesrat und Reichstag, sondern nur ein Vorentwurf, der die Regierung zu gar nichts verpflichtet. Dieser Vorentwurf muß nun im Reichsamte des Innern erst umgearbeitet werden, dann geht er an die einzelnen Regierungen, von dort aus an den Bundesrat und dann erst an den Reichstag. Jedenfalls ist es sehr fraglich, ob das Gesetz noch in diesem Reichstage zustande kommen wird.

Der Wahlkreis des „Ungekrönten". Nach einer Breslauer Meldung der Schlesischen Volkszeitung beabsichtigt das Zentrum, im Wahlkreise Militsch-Trebnitz dem konservativen Führer v. Heydebrand keinen Gegenkandidaten entgegenzustellen, sondern sofort im ersten Wahlgange für ihn zu stimmen. Der Liberalismus, der den Kreis schon als sein Eigentum betrachte, habe seine Rechnung ohne das Zentrum gemacht. — Mit Ausnahme der Wahlen von 1874 hat das Zentrum dort stets einen eigenen Kandidaten aufgestellt. 1907 wurde v. Heydebrand mit 10 977 gegen 2723 freisinnige, 1641 Zentrums- und 1345 sozialdemokratische Stimmen gewählt. Für die nächsten Wahlen befürchten die Konservativen „Ueberraschungen". Der schwarze Bruder beeilt sich deshalb, dem blauen lieb- und hilfreich zu dienen zu sein.

Die Krücherei im preußischen Dreiklassenhause. Nach einer Meldung der Berliner Börsenzeitung wird die Geschäftsordnungskommission bereits in allernächster Zeit zusammentreten, um den Entmündigungsantrag zur Mundtotmachung der Sozialdemokratie, den Antrag Brandenstein, zur „Vervollständigung" der Geschäftsordnung zu beraten. Es soll beabsichtigt sein, Bestimmungen zu treffen, „daß bei Beratung größerer Entwürfe die Rednerliste so aufgestellt wird, daß die Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke zum Worte kommen und eine Auslosung oder der Zeitpunkt der Anmeldung nicht in Betracht kommt. Für die Besetzung von Kommissionen sind verschiedene Vorschläge gemacht, das Präsentationsrecht soll nicht von den Abteilungen, sondern von den Fraktionen ausgeübt werden, und zwar sollen als Fraktionen nur Gruppen über 15 Mitglieder gelten".

Der Duellunfug. Mit dem Duellskandal im Kreise Wirsitz, in dem der Graf v. d. Goltz, der Rittergutsbesitzer v. Bethmann-Hollweg und der „amtsmüde" Landrat Graf Wartensleben beteiligt waren und sich angeblich nächstens auch die Staatsanwaltschaft, die sich bis jetzt nicht rührte, beschäftigen.

Der Kaiser, der in der Affäre als Schiedsrichter angerufen worden war, soll über den weiteren Verlauf „äußerst ungehalten" sein und den Wunsch ausgesprochen haben, „daß zur künftigen Vermeidung ähnlicher peinlicher Vorfälle, die nicht zum geringen infolge der Verwirrung entstehen, die gegenwärtig in der Duellgesetzgebung herrscht, der ganze Komplex des Duellwesens einer gründlichen Revision und Reform unterzogen werde".

Von einer Unterdrückung des Duellunfugs, wie das Gesetz sie fordert, ist also keine Rede.

„Jugendwehr". Die Post erhält Angaben über die „Jugendwehr" (blau weiß blaue Union), die „die Jugend körperlich tüchtigen, sie für den militärischen Dienst vorbereiten und ihr einzelnen Charaktere bilden und sie den Gefahren der Großstadtleben entziehen" will. Die Union sei 1897 in einem Ostseebade gegründet worden und gegenwärtig in mehr als 30 Städten „über das ganze Deutsche Reich" verbreitet. „In den Sommerferien sammeln sich diese Unionisten, denen es die Mittel der Eltern erlauben, an den Ostseestrand zu reisen, zu Strandkompagnien, wie in Swinemünde, Heringsdorf, Ahlbeck, Misdroy, Stolpemünde, Binz a. Rügen die sehr oft eine Stärke von 100 bis 150 Mann erreichen. In Groß-Berlin bestehen zurzeit sechs Kompagnien. In Charlottenburg ist vom Magistrat im Vorjahre an die Union ein Stück Land abgetreten worden, das zur Anlage einer großen Burg benutzt wird."

Auch die Sozialdemokratie würde es durchaus billigen, wenn man mit der Erziehung unserer Jugend zur Wehrfähigkeit schon frühzeitig beginnen würde. Damit würde eine alte Forderung der Sozialdemokratie erfüllt werden. Freilich darf diese Erziehung nicht privaten Vereinen überlassen werden. Ist doch absolut keine Garantie dafür vorhanden, daß dort mehr als bloße Soldatenspielerei getrieben wird.

Kleine politische Nachrichten. Aus Dortmund wird berichtet: Gegen einen Oberlehrer, der Vorsitzender des Verbandes deutscher Impfgegnervereine ist, eröffnete das Provinzialschulkollegium in Münster das Disziplinarverfahren wegen öffentlichen agitatorischen Auftretens gegen das Impfgesetz. — Der preußische Eisenbahnminister empfing die Lohnkommission des Verbandes deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter und erkannte die Wünsche nach einer Lohnerhöhung an. — Die Budgetkommission der Reichsduma hat, wie man aus Petersburg meldet, die Einnahmen für 1911 auf 2712028827 Rubel berechnet, davon sind 2669628827 Rubel ordentliche Einnahmen. — Anhänger des Said Jdris haben eine Karawane von 80 Kamelen, wie aus Daschadda berichtet wird, die Lebensmittel und Munition für die Garnison Hadje brachte, bei Suda überfallen und fortgenommen. Eine kleine Abteilung unter dem stellvertretenden Gouverneur von Lahaja versuchte die Karawane zu befreien, wurde aber mit einem Verlust von 50 Toten zurückgeschlagen.

Rusland.

Oesterreich-Ungarn.

Die passive Resistenz.

Wien, 21. Februar. Der heutige Ministerrat hat sich mit der passiven Resistenz der Triester Staatsbeamten beschäftigt. Im Ministerrat kam die Anschauung zum Ausdruck, daß vom Standpunkte der Wahrung der Staatsautorität und mit Rücksicht auf die in Mitleidenschaft gezogene Triester Bevölkerung ein längeres Zuwarten nicht mehr möglich sei. Es wird daher von jetzt an gegen die Beamten mit aller Strenge vorgegangen werden. Die Behörden in Triest erhielten bereits die entsprechenden Weisungen, um den Dienst unter allen Umständen sicherzustellen. Es wird zweifellos zu Massenversetzungen von Beamten kommen.

Frankreich.

Eine Marinedebatte in der Kammer.

Paris, 21. Februar. Die Diskussion über die Marinefragen zog sich sehr in die Länge. Der Marineminister Admiral Boué de Lapeyrère begründet den Vorschlag der Regierung. Er sagt, daß die beiden geplanten Panzerschiffe vom gleichen Typ wie die unmittelbar vorher gebauten sein und der Privatindustrie anvertraut werden sollen, weil die Staatswerften die Arbeit nicht in der gewünschten Frist fertigstellen können. (Beifall.) Die Republikanischen Nail (Unabhängiger Sozialist) und Painlevé verlangen, daß die Staatswerften die Arbeit erhalten. In beiden Reden wird auf die gewaltige Anstrengung Deutschlands hingewiesen, welche die Notwendigkeit der Flottenvermehrung zeige. „Wir beklagen die Last des bewaffneten Friedens", ruft Painlevé aus, „aber wir können uns eine Abrüstung nur dann vorstellen, wenn sie gemeinsam erfolgt." (Beifall, auch auf der äußersten Linken.) Broussais (Radikaler): Die Regierung verlange eine Ausgabe von 300 Millionen, ohne daß man wisse, wozu die Panzerschiffe bestimmt seien. (Bewegung.) Da aber die Gerichtigung des Mittelmeeres eine unerläßliche Notwendigkeit sei, werde er für die Vorlage stimmen. Der Berichterstatter Chaumet greift aufs schärfste die äußerste Linke an, die mit Reden die Diskussion verschleppen und durch unmotivierte Angriffe die öffentliche Gewalt einschüchtern wolle. Diese Worte werden von der Majorität beifällig begrüßt, erregen aber heftigen Protest bei den Sozialisten. Die Debatte über die Panzerschiffe soll morgen, eventuell Donnerstag vormittag beendigt werden.

England.

Wiedereinbringung der Vetobill im Unterhause.

London, 21. Februar. Das Unterhaus ist gedrängt voll. Regierungspartei und Opposition sind vollständig erschienen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110222/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG